Nihat Kentel

Die Auseinandersetzung der Türkei mit dem Völkermord an den Armeniern

Rede vom 23. April 2010

Bis heute lehnt die Türkei immer noch jede kritische Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den Armeniern ab. Die türkische Politik und die zuständigen Institutionen verweigern nicht nur selbst jegliche Kritik an der jungtürkischen Politik im spätosmanischen Reich, die zum Völkermord geführt hat, sondern versuchen, auch andere Staaten und internationale Institutionen daran zu hindern, den Völkermord auf die Tagesordnung zu setzen. Nach jeder Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in den Nationalversammlungen anderer Staaten droht die Türkei diesen Staaten mit diversen Sanktionen und wendet verschiedene Gegenmaßnahmen an, so zum Beispiel den Entzug von Staatsaufträgen oder der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

In der Auseinandersetzung mit dem Begriff des Völkermords spielen für die türkische Gesellschaft zwei Dimensionen eine bestimmende Rolle. Eine ist der außenpolitische Druck und gleichzeitig die Rolle der Türkei in der internationalen Politik, die zweite ist die nationale Identitätsbildung bzw. Verteidigung dieser Identität und die Furcht vor ihrem Verlust.

Bei dem außenpolitischen Druck spielt der EU-Beitrittsprozess der Türkei wahrscheinlich die Hauptrolle. Das Europäische Parlament erkannte 1987 die Massaker und Vertreibung der Armenier als Völkermord im Sinne der UN-Genozid-Konvention von 1948 an und machte gleichzeitig einen möglichen Beitritt der Türkei von ihrer Anerkennung abhängig.

Die Türkei konnte ihre strategische Macht in der Weltpolitik bis jetzt mit Erfolg umsetzen, in dem sie z.B. den amerikanischen Kongress im Jahr 2000 von einer Anerkennung des Genozids abhalten konnte.

Wegen der zeitlichen bzw. personellen Nähe von zwei Schlüsselereignissen spielt andererseits die türkische nationale Identität eine wichtige Rolle. Diese Schlüsselereignisse sind einerseits der Völkermord, andererseits die Gründung der Republik, die nur sieben Jahre nach dem Völkermord erfolgte. Die Personen bzw. Gesellschaftsschichten, die während des Völkermords eine führende, begünstigende bzw. profitierende Rolle gespielt hatten, waren die tragende Elite der Republik. Die Gründer der Republik haben sich vor allem dafür eingesetzt, dass die Verantwortlichen des Völkermords in den dafür nach Kriegsende 1918 erstellten Gerichten zum größten Teil nicht angeklagt oder in Abwesenheit verurteilt wurden, wobei einige Verruteilte entweder direkt übernommen oder posthum geehrt wurden.

Das Kräftegleichgewicht und die Prioritäten der damaligen imperialistischen Mächte gegen die neugegründete bolschewistische Sowjetunion ermöglichte der Türkei eine juristisch saubere Gründung der Republik, wobei sie die ganze osmanische Vergangenheit und die Mitschuld der republikanischen Gründer unter den Teppich kehren konnte. Nach der Oktoberrevolution in Russland 1917 gingen trotz des Wissens um die Ausrottung und trotz der Versprechungen der Siegermächte, Gerechtigkeit zu

schaffen, eben diese beiden Ziele – Wahrheit und Gerechtigkeit - unter. Die Amnesie, das völlige Vergessen der Ereignisse, wurde durch die Festigung der Republik immer schlimmer.

In den Anfangsjahren der Republik war noch von der Vertreibung die Rede. Sie wurde damals mit der angeblichen Notwendigkeit begründet, das Vaterland retten zu müssen. Die Armenier waren quasi schuld an ihrem Untergang, weil sie angeblich mit den Russen zusammengearbeitet hatten. Um den Nationalstaat zu gründen, mussten die armenischen Kollaborateure „gesäubert“ werden.

Anschließend herrschte bis in die 1970er Jahre Schweigen über das Thema. Die Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg, der Völkermord an den Juden sowie die schwierige Lage der überlebenden Armenier begünstigten das vorsätzliche Schweigen der Türkei. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Türkei zum wichtigen Verbündeten der westlichen Welt gegen den Warschauer Pakt und erlangte geostrategische Bedeutung, was eine Geschichtsaufarbeitung weiterhin verdrängte.

Dieser Zustand dauerte, bis einige militante Armenier durch ihre Anschläge auf türkischen Diplomanten die internationalen Medien schockierten. Diese Anschläge sollten den vergessenen Völkermord wieder auf die Tagesordnung der Welt bringen.

Nach dieser Periode begann der türkische Kampf gegen die internationale Anerkennung des Völkermords. Diese neue Epoche werde ich hier kurz für Sie zusammenfassen:

In den 1970er Jahren wurde der Umgang mit der „Armenierfrage“ – so die allgemeine türkische Umschreibung des Umgangs mit dem Völkermord - ausschließlich als Terrorismusproblem behandelt. In den 1980er Jahren reagierte man vor allem auf den Entschluss des Europäischen Parlaments und die internationalen Debatten. In den 1990er Jahren sah sich die Türkei noch intensiver mit der Thematisierung der „Armenierfrage“ konfrontiert. In den 2000er Jahren reifte die Geschichtskonstruktion der türkischen nationalistischen Position heran. Ab 2005 ging die Auseinandersetzung in eine neue Phase hinein, wobei die offizielle Haltung von immer heftiger werdendem Innen- und Außendruck beeinflusst wurde.

Wenn wir die wichtigsten Ereignisse chronologisch nennen sollten, können diese wie folgt aufgelistet werden:

1973: ein armenischer Überlebender des Völkermords erschoss den türkischen Generalkonsul von Los Angeles und seinen Stellvertreter. Damit beginnt die Zeit der Anschläge armenischer Milizen der Organisation ASALA und anderer, weniger bekannter armenischer Untergrundorganisationen.

18. Juni 1987: das Europäische Parlament beschließt, den Beitritt der Türkei in die EG von einer Anerkennung des Genozids an den Armenien als historische Tatsache abhängig zu machen, verzichtet aber ausdrücklich auf ein Schuldanerkenntnis seitens heutigen Republik.

Am 20. Oktober 2000 scheiterte die Resolution im amerikanischen Repräsentantenhaus zur Anerkennung des Genozids an den Armeniern am massiven Druck des Pentagons

und des Präsidenten Bill Clinton unter Verweis auf bedeutende nationale Interessen der Vereinigten Staaten.

Am 18. Januar 2001 unterzeichnete der französische Präsident ein Gesetz, mit dem die Vernichtung der Armenier als Völkermord anerkannt wurde; das Gesetz war zuvor 1998 von der Nationalversammlung und am 07.11.200 vom französischen Senat verabschiedet worden.

Der Erinnerungsdiskurs bzw. die Abwehr der offiziellen türkischen Haltung gegen die Erinnerung des Völkermords verlief nach 2005 viel aggressiver als zuvor. Die Frage polarisierte auch die türkische Gesellschaft.

Der spätere Nobelpreisträger Orhan Pamuk erwähnte 2005 in einem Interview über eine Million ermordete Armenier und betonte dabei, dass es immer noch ein Tabu in der türkischen Gesellschaft gebe, über das Thema zu sprechen. Er wurde sofort als Verräter und ruhmsüchtig kritisiert und verbal so wie nach den Gerichtsverhandlungen zu seinem Interview auch körperlich angegriffen. Der damalige Staatspräsident lehnte es ab, O. Pamuk – dem ersten Literaturnobelpreisträger der Türkei überhaupt - zu seiner bedeutenden Auszeichnung zu gratulieren.

Zum 90. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern kündigte eine türkische Universität in Istanbul eine kritische Konferenz gegen die offizielle Geschichtsfassung an. Nach massiven Proteste und staatlichem Druck mußte die Konferenz abgesagt werden. Aber die Teilnehmer versammelten sich an einer anderen Privatuniversität, was die Diskussion in der Gesellschaft vertiefte.

In dieser Etappe wurde Hrant Dink, ein armenischer Journalist türkischer Staatszugehörigkeit, zur Zielscheibe der nationalistischen Reaktionen auf die Anerkennungsbewegung. Nach mehreren Drohungen und trotz der Kenntnis, die die türkischen Sicherheitskräfte von einem bevorstehenden Anschlag auf H. Dink besaßen, wurde er im Januar 2007 von einer ultranationalistischen Bande, in einer von staatlichen Behörden unterstützten Aktion gezielt ermordet – oder extralegal hingerichtet. An seiner Beerdigung nahmen Hunderttausende Menschen teil. Diese Menschen wollten damit zum Ausdruck bringen, dass sie mit der offiziellen Meinungsbildung jetzt nicht mehr einverstanden sind. Das bedeutete noch keine Anerkennung des Völkermords ihrerseits, bildete aber einen wichtigen Schritt zur Infragestellung oder Überwindung der eigenen Gefangenschaft in der offiziellen Geschichtsfassung.

Ende 2008 wurde von einigen Privatpersonen eine Entschuldigungskampagne organisiert. Der Text der offenen Unterschriftensammlung lautete, dass man sich mit dem Unrecht der Verleugnung der „Großen Katastrophe“, welche die Armenier des Osmanischen Reiches erlitten hatten, nicht abfinden könne und diese ablehne und sich dafür bei den armenischen „Brüdern und Schwestern“ entschuldige. Diese Kampagne erbrachte an die 30.000 Unterschriften. Die Gegenkampagnen unter dem Slogan "Ich entschuldige mich nicht" oder "Ich erwarte eine Entschuldigung“ erreichten dagegen Hunderttausende Unterschriften. In dem Text der Entschuldigungskampagne wurde die Vernichtung und Vertreibung der Armenier als “Große Katastrophe“ umschrieben, welcher die Armenier als Opfer widriger Umständen begreift und nicht als Opfer einer systematischen, anti-armenischen Säuberungskampagne seitens der damaligen

Regierung. Ein ähnlicher Text wurde im April 2010 von einigen Intellektuellen verfasst und in Istanbul auf einer Gedenkfeier am 24. April unter dem Motto „Dieses Leid ist unser Leid“ öffentlich verlesen.

Solche Momente sind sehr wichtig für die Völkermordauseinandersetzung in der türkischen Gesellschaft, ohne sie kein Impuls zur Auseinandersetzung erfolgen kann.

Wie waren die Reaktionen der Gesellschaft und die staatliche Abwehrpolitik in dieser Zeit seit den 1970er Jahren?

Die ersten Anschläge lösten in der Gesellschaft Hassgefühle aus, angetrieben von der Presse und Medien, dass es sich bei den Anschlägen um kaltblütige Mörder und unschuldige Diplomaten handelte. Die historischen Hintergründe von 1915 und die Vertreibung der armenischen Bevölkerung wurden und werden nicht in denselben Texten thematisiert. Ein Zusammenhang der Anschläge mit der Vertreibung wird bewusst nicht hergestellt. Armenier wurden zum Feindbild erhoben. Währenddessen bleibt die Frage, wofür sich die Täter handelten, in sämtlichen Medien unbeantwortet. Gleichwohl dienten die armenischen Milizen während des Osmanischen Reichs und die ASALA-Attentäter in den 1970er und 1980er Jahren dazu, im Unterbewusstsein der Türken die Vertreibung und andere Verbrechen als „Notwehr“ zu „legitimieren“.

Der Widerstand gegen die Aufarbeitung der eigenen Geschichte besitzt einen weiteren wichtigen Aspekt, der auf die klare Trennung der in- und ausländischen Armenier abzielt, wobei die Diaspora-Armenier, die außerhalb der türkischen Grenzen leben, sämtlich als feindbildliche Menschen und die inländischen - "unsere" - Armenier pauschal als „gut“ erscheinen. Diese Trennung ist auch zum offiziellen Mittel geworden, um die innerhalb der Türkei lebenden Armenier unter Druck zu setzen und von ihnen Zugeständnisse anzufordern. Die Armenier in der Türkei mussten öfter öffentlich kundtun, wie glücklich sie in der türkischen Demokratie leben können und sich zugleich von der Diaspora distanzieren, die angeblich nichts Gutes für die inländischen Armenier im Schilde führt.

Solche Verlautbarungen basieren auf einer Blockdefinition von Armeniern. Was die politische Elite des armenischen Volks getan hat bzw. hätte, wird gerne als Schuldenlast auf die gesamte Nation übertragen, obwohl in der fraglichen Zeit keineswegs nur armenische Revolutionäre bzw. Rebellen vorhanden waren. Es gab auch türkischstämmige Republikaner und Nationalisten, die gegen ihre Regierung bzw. ihren Staat opponierten und beide bekämpften. Warum das gesamte armenische Volk für Aufstände einer kleinen Rebellengruppe verantwortlich gemacht und auf Todesmärsche geschickt wurde, wird verschwiegen. Erst in den 2000er Jahren konnte der Umstand hinterfragt werden. Nicht einmal die Deportation war vorher ein Bestandteil des offiziellen Diskurses. Erst nachdem die Deportation in der Öffentlichkeit nicht mehr verschleiert werden konnte, kommt die Phase der Rechtfertigungen dieser Deportationen. Die Erklärung für die Deportation war einzig die Rettung des Vaterlandes. Historisch gesehen war dabei keine Rede von der Vernichtung. Nähere Information, was wirklich geschehen war, blieben vollkommen aus.

Die vernichtende Deportation von 1915 ging den armenischen kriegerischen Aktionen zeitlich voraus. Die offizielle Lüge ordnet jedoch zeitlich um und schafft dadurch ein

falsches, weil verkehrtes Bild der Abfolge der Ereignisse.

Bei einigen Erklärungsversuchen geht man sogar so weit, dass meist das armenische Volk als Rasse an den Deportationen schuld trug. Aufgrund eines schmutzigen Rassismus wird die Minderwertigkeit eines Volks suggeriert.

Mit der Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 1987 trat die Auseinandersetzung des türkischen Staats und somit der türkischen Gesellschaft in eine neue Phase. Nachdem die Ereignisse von 1915 (auch wenn offiziell ausgeblendet) mehr und mehr auf die Tagesordnung der Gesellschaft rückte, entstand der Bedarf einer professionalisierten Leugnungspolitik. Der Staat förderte wissenschaftliche Untersuchungen zur „Armenierfrage“, die die Leugnung rechtfertugen sollten. Eine professionalisierte Genozidleugnung, insbesondere unter dem Dach der Türkischen Historischen Gesellschaft, nahm ihren Anfang.

Zugleich war der Staat in paramilitärische Aktionen verwickelt, um die armenische Organisation ASALA zu zerschlagen. Dazu wurden meist die ehemaligen Anführer ultranationalistischer Gruppen benutzt.

Eine führende Rolle in der staatlichen Abwehrpolitik gegen die Anerkennung des Genozids übernehmen türkische Immigrantenorganisationen in den USA und Europa, welche enge Kontakte mit den türkischen Konsulaten haben. 2006 trat zum Beispiel die *Türkische Gemeinde zu Berlin* als Mitorganisatorin der sogenannten *Talat Paşa Bewegung* zu nennen. Das Bedürfnis zum Schutz der nationalen Identität und die mögliche Identifizierung mit den Mördern von 1915 führt dazu, dass das, was die Gesellschaft in den 1920er Jahren noch wusste, heute in türkischen Akademiker-Kreisen und unter türkischen Wissenschaftlern als "nicht bewiesen" angesehen wird.

Diesem Zweck diente auch ein Brief aus der Türkei an Armenien. Im April 2005 hatte der türkische Regierungschef Erdogan dem armenischen Präsident die Gründung einer Historikerkommission vorgeschlagen. Mit diesem Vorschlag signalisierte die Türkei dem internationalen Publikum ihre Bereitschaft zur Lösung des Konflikts und entpolitisierte ihn zugleich durch die Erklärung, dass die Frage des Genozids die Angelegenheit von Historikern sei.

So ist die türkische Politik im Umgang mit dem Völkermord. Man sendet Botschaften und Vorschläge, gründet eventuell Initiativen, man unterschreibt Protokolle mit Armenien, schlägt Historikerkommissionen vor, hält aber die Leugnungshaltung in allen Ebenen fest. Man hat z.B. mit den armenisch-türkischen Protokollen vom 10.10.2009 viel Ansehen erzeugt. Die USA und Europa haben die Türkei für Lösungsinitiativen gelobt. Bereits am nächsten Tag nach der Unterzeichnung der Protokolle machte jedoch die Türkei die Öffnung ihrer Grenze zu Armenien von der Lösung des Berg-Karabach-Konflikts abhängig. Diese Protokolle können als hinfällig angesehen werden.

Die türkische Abwehrpolitik hebt die Türkei gegenüber den internationalen Mächten als Garanten der Sicherheit Europas und der westlichen Welt hoch und warnt sie gleichzeitig vor ihrem Verlust.

Weiterhin kann in diesem Zusammenhang auch die versteckte Drohung mit angeblich drohender Islamisierung und einer Bündnisbildung mit Staaten des Nahen Ostens als

Mittel angesehen werden, um Anerkennungsforderungen abzuwehren.

Hinter der Leugnung einiger Intellektuelle liegt manchmal auch die Annahme, dass die Tötung der Armenier nicht aus rassistischen Motiven erfolgte. Dieser Sichtweise liegt erstens die Eingrenzung von Völkermord auf Rassismus und zweitens die Eingrenzung von Rassismus auf dessen ursprüngliche „biologistische“ Auffassung zugrunde. So erzielt man eine deutliche Trennlinie zwischen dem Holocaust und dem Völkermord an Armenier.

Doch bei all diesen Manövern kommen wir immer wieder zum gleichen Punkt zurück: Dass nämlich die Anerkennung des Genozids an den Armeniern für die türkische Gesellschaft keine Zurkenntnisnahme der Geschichte darstellt, sondern eher einer Überwindung des eigenen Schutzbedürfnisses gleichkommt. Ich glaube, jeder Türke besitzt genügend Anhaltspunkte, um über den Völkermord nachzudenken und ihn realitätsgetreu rekonstruieren zu können. In der Hauptsache aber geht es darum, die dafür erforderliche totale Zerstörung des Bildes von der eigenen Nation und der eigenen Geschichte verkraften zu können.